



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

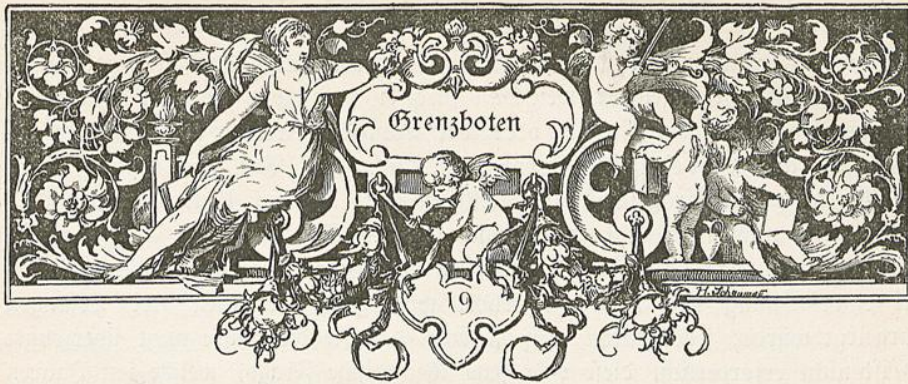
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Abkürzung unsrer Parlamentsverhandlungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Abkürzung unsrer Parlamentsverhandlungen.



Jeder verbindet sich mit den Nachrichten, daß der Reichstag beginne beschlußunfähig zu werden, die Erörterungen in der Presse über die Last der parlamentarischen Arbeiten und die Unmöglichkeit des Nebeneinandertagens von Reichstag und Landtag, und wieder lesen wir natürlich, daß die Abgeordneten keine Schuld treffe, wenn sich die Sitzungen abermals bis in die wärmere Jahreszeit, während welcher ein Parlament nicht tagen könne, hineingezogen haben. Ja, absichtlich hat es wohl keine Partei herbeigeführt. Aber wer trägt die Schuld? Die Regierung hat den Reichstag im November, den Landtag etwa zwei Monate später berufen, es sind viele gesetzgeberische Arbeiten zu erledigen, man denke nur an die zur Lösung der brennenden sozialen Frage bestimmten Vorlagen; soll nun da die Regierung alle Jahre nur ein Pensum von einer gewissen Größe einbringen, das gerade genügt, um in einer gewissen Arbeitszeit erledigt zu werden, und mit dem andern warten bis zum nächsten Winter, damit unsre Abgeordneten nicht zu sehr angestrengt werden? Das würde etwa dem gleichkommen, wenn bei einem Gericht eine gewisse Stundenzahl für die einzelnen Sitzungen festgesetzt würde, und nun die Angeschuldigten warten müßten, bis sie nach diesem Zeitmaße Aussicht haben, zur Aburteilung zu gelangen. Dann müßten sich ja freilich auch die Abgeordneten im Einbringen von Initiativanträgen mäßigen, mit welchen man, sei es absichtlich oder unabsichtlich, die Beratung von Regierungsvorlagen verzögert oder unmöglich macht.

Niemand wird daran denken, der Regierung die Vorlage von Gesetzentwürfen, die ihrer Ansicht nach nötig sind, oder den Abgeordneten die Einbringung von Initiativanträgen erschweren zu wollen; es muß also in anderer Weise eine

Heilung des jetzigen ubelstandes versucht werden. Der Vorschlag des mehrjahrigens Stats ist abgelehnt, weil man fürchtet, daß dann nicht alle Jahre eine Zusammenberufung der Reichs- oder der Landesvertretung stattfinden werde. Es bleibt also nur eine intensivere Behandlung der Vorlagen übrig, welche weniger Wert auf große und schöne Reden legt, als auf Unterdrückung alles dessen, was nicht unbedingt zur Sache gehört. So könnte es beispielsweise genügen, wenn der Standpunkt der einzelnen Parteien zu einer Vorlage nur bei einer Lesung und nicht wiederholt womöglich bei allen drei Lesungen dargelegt würde; jede Partei weiß ja doch, daß sie die andre nicht überzeugt; es ist nicht erforderlich, diese oder jene theoretische Frage, welche seit Jahren erörtert ist, immer von neuem so gründlich als möglich durchzuarbeiten, z. B. die Wahrungsfrage, den Kulturkampf, den Gegensatz von Schutz Zoll oder Freihandel u. s. w. Aber ganz besonders dürfte bei den Statsberatungen an Zeit gespart werden können, und zwar in doppelter Beziehung.

Es macht zunächst einen sonderbaren Eindruck, wenn z. B. bei der Beratung von Organisationsgesetzen bestimmt wird, daß gewisse Behörden mit einer festgesetzten Anzahl von Mitgliedern, deren Gehalt sogar gesetzlich geregelt ist, bestehen sollen, und nun alle Jahre von neuem bewilligt werden muß, daß auch diese gesetzlich feststehenden Summen ausgezahlt werden dürfen, während niemand daran denkt, das diesen Ausgaben zu grunde liegende Gesetz zum Gegenstande der Anfechtung zu machen. Man denke sich einmal die Konsequenzen! Gesetz, die betreffende Ausgabe, beispielsweise für einen Gerichtshof, würde nicht bewilligt, wäre damit die Notwendigkeit zur Bestreitung der für diese Behörde bestimmten Ausgaben für den Staat beseitigt? Mit nichten; jedes Mitglied derselben hat durch den mit Annahme der Anstellung abgeschlossenen Vertrag das Recht auf den Bezug seines Gehaltes gewonnen und kann den Fiskus auf Zahlung dieses Gehaltes verklagen, sodas die Debatte über die Bewilligung des fraglichen Statspostens streng genommen zur Komödie wird. Nur grenzenlose politische Naivität war es, daß man seiner Zeit die Mittel für die große Heeresorganisation nur auf ein Jahr verwilligte und später wieder streichen wollte, als wenn man alle daraufhin ernannten Offiziere, alle in Folge davon abgeschlossenen Verträge über Erbauung neuer Kasernen, Beschaffung neuen Kriegsmaterials u. s. w., durch die Verweigerung der Mittel hätte nicht existent machen können. Hat der Staat Verpflichtungen übernommen, so muß er sie halten wie ein Privatmann, welchem es auch nicht freisteht, durch Änderung seines Jahresbudgets rechtlich übernommene Verpflichtungen, etwa seine Wohnungsmiete, zu beseitigen. Steht dies aber fest, sind die Verpflichtungen des Staates bis zur Beseitigung der Gesetze, auf welchen diese Verpflichtungen beruhen, giltig, dann bedarf es auch deren Beratung im Stat nicht, so lange man nicht die grundlegenden Gesetze anfechten will. Es könnten deshalb alle die Statsposten, welche auf solchen gesetzlichen Verpflichtungen beruhen, der

Diskussion bei der alljährlichen Etatsberatung entzogen und nur diejenigen Posten überhaupt zur Genehmigung vorgelegt werden, welche eine Änderung gegen den vorjährigen Etat aufweisen würden. Die auf diese Weise nicht zur Debatte stehenden Posten würden dann nur der Übersicht halber im Etat aufgeführt, im Etat selbst also ähnlich wie jetzt schon eine Trennung der Etatsposten nach ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, eine weitere Trennung nach feststehenden und zu bewilligenden Ausgaben eingeführt werden, wie es ja bezüglich der Staatseinnahmen Artikel 109 der preussischen Verfassung bereits bestimmt. Viele nutzlose Debatten würden auf diese Weise verhütet werden, da z. B. mit der Beseitigung der Debatte über den Gehalt eines Ministers auch die Anbringung der vielen nutzlosen generellen Beschwerden über die Geschäftsführung oder Politik des betreffenden Ministers wegfallen würde. Ein Recht der parlamentarischen Körperschaften würde aber in keiner Weise angetastet werden, denn da es jedem Mitgliede derselben freisteht, nach den Regeln der Geschäftsordnung selbständige Anträge zu stellen, so können wirklich spezialisirte Anträge in der angegebenen Richtung oder Anträge auf Abänderung der bestehenden Gesetze, auf welchen die Ausgabeposten beruhen, immer angebracht werden; allerdings bedürfen dann solche Anträge einer genügenden Unterstützung, und damit wäre eine Menge derselben von vornherein als beseitigt anzusehen.

Aber noch in einer andern Beziehung können die Etatsberatungen, unabhängig von dem bisher besprochenen Vorschlage oder damit verbunden abgekürzt werden, wenn man nämlich entsprechend der Petitionskommission eine andre Kommission bestimmte, in welcher alle zur Etatsberatung zu stellenden Anträge und Anfragen vorgeprüft werden müssen. Es wird keinen Augenblick bezweifelt werden können, daß vielleicht die große Mehrzahl dieser Anträge und Anfragen entweder als zur Erörterung in Plenum ungeeignet bezeichnet oder mit wenigen Worten zur Zufriedenheit des Antragstellers erledigt werden können, ohne Veranlassung zu zeitraubenden, auf Mißverständnissen beruhenden oder zu Mißverständnissen Anlaß gebenden Verhandlungen im Plenum zu bieten; so würden sich z. B. alle die Anfragen über Spezialfälle aus der Verwaltung der einzelnen Ressorts erledigen, auf welche hingewiesen zu werden jeder Verwaltungschef dankbar sein wird, wenn sie ihm nicht schon bekannt waren, oder welche, ein immer mögliches Versehen oder Vergehen eines Einzelbeamten betreffend, durchaus nicht geeignet sind, durch öffentliche Behandlung zu Zeichen der Zeit oder zu Merkmalen des schlechten Geistes der Verwaltung des betreffenden Ressorts aufgebauscht zu werden, wie ja auch der einem einzelnen Mitgliede eines Parlaments zu Teil gewordene Ordnungsruf nicht zu einem Schluß auf die Verderbtheit des parlamentarischen Lebens berechtigt. Es würden bei einer solchen Vorprüfung wie bei den Petitionen nur solche Anträge oder Anfragen zur öffentlichen Diskussion kommen, welche dazu geeignet sind. Vielleicht ließen sich dann diese Anträge auch noch außerhalb der eigentlichen Etatsberatung an einem besondern

(Schwerins-) Tage verhandeln, falls sie nicht direkt von Einfluß auf den Etat selbst sind.

Die Verhältnisse Preußens und Deutschlands sind ungeheuer viel großartiger geworden als früher; es ist nötig, daß diese Veränderung auch in den Verhandlungen unsrer Parlamente ihren Ausdruck finde, wenn die Parlamente nicht selbst an Ansehen verlieren sollen, was jeder aufrichtige Vaterlandsfreund nur ernstlichst bedauern könnte. Nur Dinge von wirklicher Bedeutung dürfen in solchen Parlamenten zur Sprache kommen, aber die Zeit darf nicht mit unpraktischen, zwecklosen Diskussionen verbraucht werden. Jeder, der hierzu mitwirken kann, thue es, damit dieses Ziel endlich erreicht werde. Vielleicht können auch die hier gemachten Vorschläge zu einer befriedigenden Lösung dieser wichtigen Angelegenheit beitragen.



Die Freunde Englands.



ie es Gläser, Brillen und Spiegel giebt, welche die wirklichen Verhältnisse für unser Auge verzerren oder verdunkeln, gerade Linien krumm oder schief, regelmäßige Gegenstände zu hoch, zu lang oder auch zu breit, freundliche Gesichter finster erscheinen lassen, kurz, der Seele, die durch sie Dinge und Menschen betrachtet, nur häßliche Bilder vor die Sehnerven führen, so scheint es auch solche zu geben, welche in umgekehrter Weise wirken, Verschönerungsgläser, Brillen, welche unbequem oder unerfreulich Verschobenes gerade machen, Spiegel, in denen feindliche Mienen freundliche Züge annehmen und gleichgiltige einen teilnehmenden, wohlwollenden, Hilfe verheißenden Ausdruck zeigen. Wenigstens konnte man in den letzten Tagen meinen, viele englische Zeitungen, allen voran die Times, erfreuten sich des Besitzes solcher magischen Instrumente, denn sie äußerten sich in der Art über die Stellung, welche die verschiedenen Völker und Regierungen in der gegenwärtigen Krisis zu England einnehmen, und andererseits hatten jene Zeitungen auch von den zuerst bezeichneten Zauberapparaten offenbar fleißig Gebrauch gemacht, aber nur, soweit sich um Rußlands Verhältnis zur Regierung und öffentlichen Meinung anderer Länder handelte. Nur so konnten sie finden und immer von neuem betonen, daß die Engländer, abgesehen von Rußland, ringsum nur Freunde hätten, während die Russen ohne solche da stünden. Sie könnten hier allerdings mit der ersten Hälfte ihrer Behauptung